



Stromlinien

Politik und Elektrizitätswirtschaft
Dokumentation der Veranstaltung mit
Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup



Stromlinien - Politik und Elektrizitätswirtschaft

**Kritischer Blick auf die Liberalisierung in der Elektrizitätswirtschaft
Zum Verhältnis von Politik, Gewerkschaften und Elektrizitätswirtschaft
Perspektiven öffentlicher Stromversorgung – Zukunft der Stadtwerke**



Dokumentation des Vortrags von

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup

am 9. Dezember 2010 in Essen

Erweiterte Diskussion mit

Michael Aggelidis, MdL NRW, energiepolitischer Sprecher

Özlem Demirel, MdL NRW, kommunalpolitische Sprecherin

Wolfgang Freye, Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im RVR

Claudia Jetter, Landesvorstand DIE LINKE. NRW

und dem Publikum

Moderation Ida Schillen, Parteivorstand DIE LINKE.

Begrüßung Helmut Manz, stellvertretender Landessprecher DIE LINKE. NRW

Die Veranstaltung wurde durch den Landesverband DIE LINKE. NRW

in Zusammenarbeit mit der AG Antiprivatisierung des Parteivorstands DIE LINKE. organisiert.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

wir dokumentieren den Vortrag von Prof. Dr. Heinz J. Bontrup, der die Umwälzung des Strommarktes hinsichtlich der ökologischen, ökonomischen, beschäftigungspolitischen und sozialen Auswirkungen kritisch bilanziert.

Er stützt sich dabei auf die Ergebnisse eines Forschungsprojektes, die er zusammen mit seinem Wissenschaftskollegen Ralf M. Marquardt in der Publikation „Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft“ veröffentlicht hat. Dieses Buch liest sich wie ein Kriminalroman, in dem die Täter nicht gefasst werden. Die Befunde der beiden Wissenschaftler sind erschütternd. Als Täterin wird zum einen die EU-Kommission identifiziert, die maßgeblich die Liberalisierung der Elektrizitätswirtschaft initiiert und vorangetrieben hat und auf der anderen Seite eine große Allianz bundesdeutscher Regierungen, die diesen Prozess in den neunziger Jahren unreguliert treiben ließen. In Folge konnten sich wenige Energiekonzerne – „die großen Vier“ E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW – auf unanständige Art und Weise bereichern und zu einem marktbeherrschenden Oligopol anwachsen. Das Erpressungspotenzial der Energiekonzerne gegenüber der Bundesregierung hat sich zuletzt in drastischer Weise bei der clandestinen Verabredung und der daraus folgenden Beschlussfassung der Koalitionsmehrheit zur Verlängerung der AKW-Laufzeiten offenbart.

Auf der Opferseite befinden sich die Umwelt und die Verbraucherinnen und Verbraucher. In aggressiver Weise setzten die Konzerne weiterhin auf Kohle und Atomenergie – zunehmend im Ausland, – während Investitionen in erneuerbare Energieträger auf der Strecke blieben. Derweil sind die Strompreise nach anfänglicher geringfügiger Senkung stetig wieder angestiegen. Die Liberalisierungspolitik war verbunden mit einem gigantischen Stellenabbau in der Stromwirtschaft. 100 000 Arbeitsplätze wurden abgebaut. Die problematische Rolle der Gewerkschaften in diesem Prozess wurde flankiert von einer unterentwickelten Unternehmenskultur in den Elektrizitätsunternehmen, die, anders als in der Stahlindustrie, keine wirkliche Mitbestimmung ermöglichte.

Wie kann diese Entwicklung gestoppt und umgelenkt werden? In Bontrups Vortrag und der anschließenden Diskussion wurden folgende Prämissen formuliert:

1. Strom ist ein Basisgut der Daseinsvorsorge.
2. Als Basisgut muss Strom den profitorientierten Marktmechanismen und der Spekulation entzogen werden.
3. Auch Staat und Kommunen müssen auf Profite verzichten.
4. Fehlendes Wissen und mangelnde Transparenz über das Stromgeschäft innerhalb und außerhalb der Unternehmen müssen überwunden werden.
5. In den Betrieben ist eine partizipative Mitbestimmungskultur zu entwickeln.
6. Die Preisdiskriminierung derart, dass Großkunden billigen Strom erhalten und Kleinkunden teuren Strom, muss abgeschafft werden.
7. Die Strompreise müssen politisch festgelegt werden, orientiert an der Maxime des Stromsparens einerseits und andererseits an sozialen Kriterien.
8. Die Stromproduktion und Verteilung muss öffentlich organisiert werden.
9. Die Kontrolle durch Parlamente und die Öffentlichkeit (Verbraucher/innen) muss gesichert werden.

Für die weitere politische Arbeit der Linken ist es notwendig, die genannten Prämissen in konkrete Konzepte zur Rekommunalisierung der Elektrizitätswirtschaft zu formulieren. Dabei ist es unerlässlich, dass die Geschäftsprozesse, Vereinbarungen und Geldströme offen gelegt werden und dass auch die Rolle der Kommunen und Stadtwerke kritisch hinterfragt wird.



Ida Schillen

Bundesvorstand DIE LINKE
AG Antiprivatisierungskampagne

Begrüßung

In einem vollelektrifizierten Land ist es eine zentrale Frage: Wie wird diese Elektrizität hergestellt? Wer besitzt die Erzeugung. Wer besitzt die Netze?

Und darüber hinaus die Frage der Langfristigkeit: Wie organisiert eine Gesellschaft, die so fundamental abhängig ist von Elektrizität, ihre künftige Energieversorgung? Das ist nicht nur eine Eigentumsfrage, da werden die ganz großen Fragen berührt:

Wir alle wissen, dass wir eine Wende in der Energieerzeugung brauchen. Ohne diese ist eine Klimakatastrophe unabwendbar. Und wir alle wissen, dass die Frage einer Energiewende nicht weniger ist als eine Frage von Krieg und Frieden.

Wenn wir es nicht schaffen, die Energieversorgung so umzustellen, dass die knapper werdenden fossilen Rohstoffe ersetzt werden durch regenerative Energien, dann sind Ökokriege, also Versorgungskriege um die Rohstoffe fast unvermeidlich. Und wir haben jetzt einen Verteidigungsminister, der offen angekündigt hat, dass er sich sehr "unverkrampt" solchen Kriegen stellen wird. Und wir glauben ihm das. Das ist eine ernsthafte Drohung. Der Mann geht unverkrampt nicht nur über Leichen, sondern über Leichenberge. Wenn man ihn lässt.

All das hat mit der Energieversorgung allgemein zu tun. Das sind die großen Fragen. Da sind wir als LINKE relativ gut aufgestellt.

Aber es geht ja dann auch um die Fragen im Detail: Wie schaffen wir den sozialökologischen Umbau, die Demokratisierung der Energieversorgung. Auch wenn wir in NRW die einzige Partei sind, die in dieser Frage eine verfassungskonforme Position vertritt, die Verfassung von NRW schreibt eindeutig vor, dass Industrien der Grundstoffindustrie und Zusammenschlüsse, die ihre Macht missbrauchen, in Gemeineigentum überführt werden sollen, so ist es doch die Frage, wie wir das mit unseren derzeitigen Kräften durchsetzen können und wie wir uns dann ganz konkret in manchen Stadträten verhalten. Ich erwähne jetzt nur nochmals das aktuelle Problem um die STEAG: ist das jetzt eine Rekommunalisierung, macht das denn Sinn, alle Macht den Stadträten, oder ist das eine energiepolitisch fossile Wende, also quasi eine Rolle rückwärts, weil diese STEAG-Kraftwerke da sage ich ja nichts Neues, nicht nur aus Sonnenkollektoren bestehen.

In diesem Sinne gibt es unter uns noch sehr viel zu diskutieren, und ich freue mich, dass wir in Prof. Bontrup einen sehr kompetenten Referenten haben.

Helmut Manz

Stellvertretender Landessprecher
DIE LINKE. NRW



Stromlinien - Politik und Elektrizitätswirtschaft

Transkription eines frei gesprochenen Vortrags von Prof. Dr. Heinz J. Bontrup.

Strom ist ein Basisgut

Zu Beginn sei darauf hingewiesen, dass Elektrizität oder Strom ein volkswirtschaftliches Basisgut ist. Ein Basisgut ist dann gegeben, wenn es für jeden Bürger, für jede Bürgerin, für die Wirtschaft schlechthin, ein Gut ist, auf das man nicht verzichten kann. Das kann man sich leicht vorstellen, wenn jetzt hier - wir sagen ja immer „Strom kommt aus der Steckdose“ - wenn hier im wahrsten Sinne des Wortes die Lampen ausgehen, dann haben wir ein großes Problem. Also ohne Elektrizität geht heute fast nichts mehr, absolut nichts. Deshalb der Begriff Basisgut. Man kann mit Fug und Recht sagen, Elektrizität ist ein gesellschaftliches Gut der Daseinsvorsorge.



Da stellt sich dann sofort die Frage, wenn Strom ein so wichtiges Gut ist, kann man es dann einem Marktmechanismus, einem Wettbewerbsmechanismus und damit einem privatwirtschaftlichen Profitprinzip überlassen? Ich will das zunächst mal nur als Frage in den Raum stellen und werde noch darauf zurückkommen. Wir haben sicherlich heute Abend noch gemeinsam die Möglichkeit, das entsprechend auszudiskutieren.

Lassen sie mich zunächst mal ganz leidenschaftslos, wie das der Wissenschaftler in der Regel macht, einfach unsere, und wenn ich sage unsere, so muss ich hier den Kollegen Prof. Dr. Marquardt nennen, mit dem ich zusammen im Auftrag der Hans Böckler Stiftung über die deutsche Elektrizitätswirtschaft geforscht habe, unsere Forschungsergebnisse als Input vortragen, wobei ich mich in Anbetracht der knappen Zeit auf das Wesentliche beschränken muss.

Untersuchungsgegenstand

Was haben wir untersucht:

Zunächst in einem Außenverhältnis den politischen und rechtlichen Rahmen für den 1998 gestarteten Liberalisierungsprozess. Der Prozess hatte aber einen Vorlauf. Welche politischen Intentionen hat es hier gegeben? Wer waren die politischen Treiber? Wer waren eher die Bremser? Wir haben das erstens vor dem gesamten europäischen Rechtsrahmen und auch vor dem nationalen Rechtsrahmen entsprechend untersucht.

Zweitens haben wir dann erforscht, wie sich die Branche entwickelt hat. Hier sind insbesondere von der Politik wirtschaftliche Vorhersagen gemacht worden, was alles Tolles passieren wird, wenn es zu einer Liberalisierung am Strommarkt kommt. Das Prinzip war, das kann man mit einem Wort beschreiben: Wettbewerb. Wettbewerb sollte alles richten. Wettbewerb sollte das Instrument sein, um auch die Elektrizitätswirtschaft auszusteuern.

- Dann war für uns die Frage der Investitionen ganz wichtig. Was ist da passiert? Und zwar bezogen auf den gesamten investiven Prozess in die Kraftwerke und natürlich auch in die Netze. Auch da ist vieles versprochen worden, was Wettbewerb bezüglich der Kraftwerke und Netze implizieren würde. Auch das haben wir entsprechend untersucht.
- Und dann haben wir uns mit den Unternehmensstrukturen beschäftigt. Da gibt es die großen Energieversorger und da gibt es die Stadtwerke. Und da gibt es auch viel Dissens. Und es hat vor allen Dingen enorme Konzentrationsprozesse gegeben.

Konzentration und Internationalisierung

Zwei wesentliche Strategien haben die großen Stromanbieter verfolgt, als ihnen klar war, die Politik macht ernst mit der Liberalisierung. Wir hatten ja vorher Gebietsmonopole, abgegrenzte Verkaufsgebiete. Man sah die Energieversorgung in der Theorie, in der Politik, immer als ein natürliches Monopol, und zwar nicht nur bezogen auf die Netze das ist heute noch der Fall, sondern auch bezogen auf die Kraftwerke. Und als die Energieversorger merkten - „da wird wohl doch was draus, die Politik wird uns die natürliche Monopolstellung neh-

men, jetzt müssen wir aufpassen“ – da hat es sofort eine Gegenstrategie gegeben, und die hieß Konzentration – Konzentration, um den aufkommenden Wettbewerb sofort wieder aus dem Markt zu nehmen. Das war aber nur die eine Strategie.

Die zweite Strategie war, - und das muss man im Zusammenhang damit sehen, dass es einen „Einheitlichen Europäischen Binnenmarkt für Energie“ geben soll - eine Internationalisierungsstrategie. Dabei haben zumindestens die großen Stromanbieter in Europa kräftig eingekauft.

Wir haben dann gefragt: Wie haben sich die inneren Strukturen in den Elektrizitätsunternehmen verändert? Hierbei war zunächst einmal die Frage nach der internen Verteilung der Wertschöpfungen ganz wichtig. Wo ist die Wertschöpfung hingegangen? Wie ist die Wertschöpfung verteilt worden? Und darüber hinaus haben wir untersucht, wie sich die Unternehmenskulturen unter dem Liberalisierungsprozess verändert haben. Ist es hier zu Veränderungen im Umgang zwischen Arbeit und Kapital gekommen? Vor der Liberalisierung hieß es, dass in der Energiewirtschaft ein sehr konsensuales Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit gepflegt würde. Man habe sogar gemeinsam Verträge zugunsten Dritter, nämlich der Verbraucher und der Umwelt gemacht. Auch das haben wir untersucht, sowie differenziert die Unternehmenskultur der „Großen Vier“ (wir haben sie in unserer Studie immer nur „The Big Four“ genannt) und der Stadtwerke. Und damit bin ich auch beim letzten Untersuchungsgegenstand, den „Stadtwerken“. Hier haben wir untersucht, wie sich die Rolle der Stadtwerke vor dem Hintergrund des bisher abgelaufenen „Liberalisierungsprozesses“ verändert hat, welche Chancen sie zukünftig, auch im Rahmen einer dezentralen, mehr auf regenerative Energien abgestellten Energieversorgung, haben.

EU-Kommission als treibende Kraft

Also zunächst einmal haben wir festgestellt, politischer Treiber des gesamten Liberalisierungsprozesses war keine deutsche Regierung, sondern die EU-Kommission. Der Prozess ist ganz klar in Brüssel angestoßen worden. Hier hatte man anfangs das „Weißbuch“ bezogen auf den Europäischen Binnenmarkt formuliert. Das Projekt hieß Binnenmarkt '92. Diesbezüglich ist bereits Mitte der 1980er Jahre untersucht worden, welche Barrieren, welche kontraproduktiven Allokationen gibt es, wenn es zu keinem einheitlichen Europäischen Binnenmarkt kommt. Die Ergebnisse sind im Cecchini-Bericht, benannt nach dem Verfasser Paolo Cecchini, Professor und Ökonom an der Universität Mailand, festgehalten

worden. Nach den Ergebnissen kam man überein, dass die Energiefrage zunächst noch ausgeklammert werden sollte. Man bezog sich hier auf die Theorie eines „natürlichen Monopols“. Das hat dann aber nicht mehr lange vorgehalten. Die politischen Kräfte in Brüssel, die auch den Energiebereich liberalisieren und das Wettbewerbsprinzip einführen wollten, setzten sich schließlich in der politischen Auseinandersetzung durch und es kam zu einem Paradigmenwechsel. 1992/93 waren die Prozesse in Brüssel dann sehr gereift und die nationalen Regierungen wurden mit dem Paradigmenwechsel konfrontiert.

Zunächst hat es aus Deutschland eine Gegenwehr gegeben. Man war zumindest skeptisch in der damaligen Kohl-Administration. Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) nahm dann aber den Liberalisierungsgedanken auf, auch, weil die FDP, was neoliberale Prozesse angeht, immer schon vorne mit an der Spitze der Bewegung war. Die FDP betrieb in Folge verstärkt die Liberalisierung auch in Deutschland. Letztlich wurde aber immer wieder Brüssel vorgeschoben, nach dem Motto, „wir können das nicht mehr aufhalten, selbst wenn wir das wollten.“ „Wir müssen uns auch im Bereich der Energieversorgung dem Liberalisierungsprozess, also letztlich dem Wettbewerbsprozess, stellen“. Ab 1998 hieß es dann in konsequenter Folge, es soll den einheitlichen Europäischen Energiemarkt geben. Und der soll instrumentell über das Wettbewerbsprinzip ausgesteuert werden. Feierabend. Damit war die Messe gesungen. Und das bedeutete für Deutschland, weil wir ja das natürliche Monopol hatten, mit den einzelnen Gebietsmonopolen, mit neun integrierten Verbundmonopolisten, dass diese im Grunde genommen ihre Hoheitsgebiete aufgeben mussten. Jeder konnte jetzt Strom verkaufen, wo er wollte. Und auch die Kunden, Nachfrager, waren nicht mehr an den jeweiligen Gebietsmonopolisten gebunden. Hierbei muss man immer im Hinterkopf haben, das galt nicht nur für die Endverbraucher, die privaten Kunden, sondern auch für die Industrie. Die war vorher genau so an die Gebietsmonopolisten gebunden wie die Endverbraucher. Dann kamen Firmen wie „Yello Strom“ und weitere Firmen, zumeist „Töchter“ der etablierten Stromanbieter, auf. Man fand das gut, dass jetzt jeder frei seinen Energieversorger, Elektrizitätsanbieter, wählen konnte. „Und dann kam Druck auf den Kessel.“ Von den großen Abnehmern. Von den kleinen natürlich nicht. Wenn ein kleiner wechseln will, dann ist der Druck nicht groß. Aber wenn ein großer, ein großes Industrieunternehmen sagt: „Ich kaufe meinen Strom jetzt nicht mehr bei dir, sondern ich geh woanders hin“, dann setzte das natürlich Preisverhandlungen in Bewegung. Und die

Preise gingen anfangs nach unten, vor allen Dingen, weil auch unter den natürlichen Monopolen Leerkapazitäten, Überkapazitäten, im Markt waren.

Energiewirtschaftliches Dreieck

Beim Liberalisierungsprozess hat man von der politischen Seite in Europa, und das wurde eins zu eins auf die einzelnen Volkswirtschaften übertragen, ein sogenanntes Energiewirtschaftliches Zieldreieck vorgegeben. Dazu gehören:

Erstens eine Sicherheit bei der Energieversorgung, intern und extern.

Also „intern“ heißt für die einzelne Volkswirtschaft, und „extern“ bezogen auf ganz Europa. Stichwort: „Einheitlicher Europäischer Binnenmarkt“. Versorgungssicherheit ist dabei zu Recht eine wichtige Größe des Zieldreiecks, auf die in der Tat nicht verzichtet werden kann. Man hat es ja erlebt. Versorgungsengpässe nicht nur in Kalifornien. In den USA gab es insgesamt schon schwerwiegende Stromausfälle, in Italien übrigens auch.

Zweiter Punkt des Zieldreiecks ist eine nachhaltige Entwicklung und Klimavorsorge. Das ist eine weitere, ganz wesentliche und wichtige Säule, die politisch zu Recht gewollt ist.

Und drittens gehört zum Zieldreieck die wirtschaftliche Größe.

Energie muss auch wirtschaftlich angeboten werden. An diesem energiewirtschaftlichen Zieldreieck sollte sich der gesamte Liberalisierungsprozess in Europa ausrichten.

Und wie sah die Realität aus?

Was dann passiert ist, das ist wirklich spannend und gleichzeitig völlig enttäuschend. Es war für uns ein hartes Stück Arbeit, das herauszuarbeiten. Wir haben dazu untersucht, wie die einzelnen Länder auf den Liberalisierungsprozess reagiert haben. Wir haben nicht nur geschaut, wie hat Deutschland politisch darauf reagiert, sondern wie haben auch die anderen Länder darauf reagiert. Und da ist es interessant, dass Deutschland als einziges Land gesagt hat, „Wir müssen diesen jetzt losgetretenen Wettbewerbsprozess vor dem Hintergrund des Zieldreiecks nicht staatlich begleiten – das regeln die Energieversorger schon untereinander selbst“. „Das machen wir nach dem Prinzip Laissezfaire“. „Der Wettbewerb wird's schon richten“. „Das brauchen wir nicht staatlich abgesichert in Form einer Regulierungsbehörde“, was man übrigens für die Telekommunikation von Anfang an gemacht hat, als man diesen Markt liberalisierte: Man hat hier sofort eine Behörde eingerichtet, die den Prozess begleite-

te und staatlich kontrollierte. Beim Strom hat man gesagt: „Brauchen wir nicht.“

Verzicht auf Regulierungsbehörde

Alle anderen Länder in der EU haben es aber gemacht. Kein Land hat nicht sofort eine staatliche Regulierungsbehörde eingerichtet, die den Liberalisierungsprozess, den Übergang zum Wettbewerbsprozess, staatlich reguliert begleitet hat.

Nein, wir haben einen sogenannten „Deutschen Sonderweg“ gewählt. Und zwar in Form von Verbändevereinbarungen. Hierbei ist übrigens interessant, dass an diesen Verbändevereinbarungen die Verbraucherschutzverbände nie beteiligt wurden. Also die meisten Nachfrager, nämlich die privaten Haushalte, haben nicht am Verhandlungstisch gesessen, als es um diese Verbändevereinbarungen ging. Dafür aber die Industrievertreter als Nachfrager, die haben schon am Tisch gesessen. Und denen saßen dann die Energieanbieter gegenüber. Diese Interessenvertreter sollten, sozusagen in einem fiktiven Nachfrage/Angebotsverhältnis, in Form von Verbändevereinbarungen, die Strommärkte aussteuern. Dabei kann man sich natürlich denken, was hier herausgekommen ist. Nur Kontraproduktives.

Aber die Politik hatte auf zuvor viele mahnende Stimmen nicht gehört. Die damalige schwarzgelbe Regierung, also noch die Kohl-Regierung, kurz vor der Ablösung 1998 durch RotGrün, wollte interessenorientiert einfach nicht hören. Und so ist es dann nur zu diesen Verbändevereinbarungen gekommen. Letztlich hat es dazu geführt, dass das Energiewirtschaftsgesetz, nachdem es 1998 novelliert worden war, 2005 noch einmal novelliert werden musste. Das Gesetz stammte ursprünglich aus dem Jahr 1936 und war demnach von den Nazis gemacht worden. Die herrschende deutsche Politik hätte in Verbindung mit der Wirtschaft auf Basis der Verbändevereinbarungen so weitergemacht.

Dass damit schließlich Schluss gemacht wurde, kam ausschließlich aus Brüssel. Hier hat man gesagt, „jetzt reicht es uns mit den Deutschen, mit ihren Verbändevereinbarungen“. Brüssel hat uns zur Einrichtung einer staatlichen Regulierungsbehörde gezwungen.

Es hat übrigens einen ganz heftigen Machtkampf zwischen dem deutschen Bundeskartellamt und der schon für die Telekommunikation bestehenden Regulierungsbehörde gegeben. Das Bundeskartellamt hat gesagt „wir wollen das machen, wir wollen das regulieren, das gehört in unser Amt, ins Bundeskartellamt“. Die rotgrüne Bundesregierung unter Kanzler Schröder (SPD) hat dann aber entschieden,

das macht die schon bestehende Regulierungsbehörde mit Sitz in Bonn. Wie tragfähig das ist, wie effizient das ist, das steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls steht jetzt fest, dass der Liberalisierungsprozess sich seitdem nicht mehr einfach „laissez-faire“ vollziehen kann, sondern staatlich durch die Regulierungsbehörde begleitet wird. Dies gilt aber nur für die Netze.

Nach Einrichtung der Regulierungsbehörde wurde sofort für die Netze eine Anreizregulierung eingeführt. Das Wirtschaftlichkeitsziel stand ja innerhalb des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks immer gleichberechtigt im Mittelpunkt. Man muss sich die Kette nochmal kurz vor Augen halten, die intendiert war: „Wir öffnen die Märkte für Elektrizität europaweit, nicht nur national, über das Wettbewerbsprinzip und senken so die Strompreise.“



Wie soll das geschehen? Durch Wettbewerb steigt die Produktivität und gleichzeitig zwingt der Wettbewerb die einzelnen Unternehmen die Produktivitätssteigerungen über abgesenkte Preise an die Kunden (Nachfrager) weiterzugeben. Jetzt ist es aber so, dies ist eigentlich ökonomisch trivial, dass die Preisgleichung immer heißt Preis = Stückkosten + Stückgewinn. Dann stellt sich die Frage: Wenn der Wettbewerb die Anbieter zwingt, den Preis zu senken wenn wir das mal als Prämisse unterstellen - werden dabei die Stückkosten oder die Stückgewinne, oder beide, abgesenkt? Und es stellt sich zuvor die Frage, werden die Produktivitätssteigerungen durch Personalabbau und Personalkostensenkungen erzielt?

Wenn man von der marktwirtschaftlichen Theorie ausgeht, dann bedeutet optimaler Wettbewerb, dass die Unternehmen im Marktgleichgewicht, keine Stückgewinne erzielen. Also der Gewinn ist null. Sie realisieren maximal ihre Stückkosten. Wenn das intendiert war, dann ist das ehrenwert. Aber, keiner konnte sagen, wenn der Preis wirklich gesenkt wür-

de, ob das auch tatsächlich zu Lasten der Stückgewinne geht. Das war ein offener Prozess. Und das hängt natürlich viel mit der Machtfrage zusammen, mit Marktmacht. Und es war den Unternehmen klar, dass sie jetzt aufpassen mussten. Zumindestens bestand theoretisch die Gefahr, dass der Liberalisierungs und Wettbewerbsprozess in der Tat zulasten ihrer Gewinne geht, die vorher unter der gebietsmonopolistischen Stellung eines natürlichen Monopols sehr komfortabel waren.

Entstehung eines Oligopols

Deshalb haben die Stromanbieter auf diesen Prozess in Antizipation mit zwei Strategien, ich hab' sie bereits genannt, reagiert:

1. mit Konzentration,
2. mit einer Internationalisierungsstrategie.

Konzentration bedeutete: aus neun integrierten Verbundmonopolisten wurden „The big Four“, also 1. E.ON entstand aus der VEBA PreussenElektra und der VIAG, 2. RWE entstand aus der RWE Energie AG und der VEW. 3. Vattenfall Europe Berlin entstand aus der VEAG, der HEW Hamburg und Bewag in Berlin und 4. EnBW Energiewerke Baden-Württemberg, entstand aus den Badenwerken und EVS. Das war die erste Strategie, die gefahren wurde - Konzentration als Antwort auf die angeführte theoretische Ableitung eines möglichen aber nicht umgesetzten Wettbewerbs. Mit dem Endergebnis, dass heute die „Big Four“ den Stromabsatz oder die Stromabgabe, angefangen bei E.ON, um 500% steigern konnte.

Aus dem Publikum: Von wann bis wann war das ...?

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: Das war von 2000 bis 2006. Das sind unsere empirischen Daten. EnBW konnte den Stromabsatz um 200% steigern, RWE um 100%. Da fragt man sich natürlich, wie geht das.

Das war überwiegend der zweiten Strategie, der Internationalisierungsstrategie geschuldet. Die neuen Absatzgebiete der geöffneten Märkte haben dies möglich gemacht. Sie waren ja vorher durch die Demarkationen restringiert, sie konnten nur in den festgelegten Gebieten verkaufen. In dem Moment, als diese Restriktionen weg waren, gingen die einzelnen Energieversorger, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa hausieren. Und dadurch kamen diese enormen Absatzsteigerungen zustande. Wenn man sich heute anschaut, wie Europa elektrizitätswirtschaftsmäßig aufgestellt ist, dann kann man sagen, wir haben nicht nur in Deutschland eine gigantische Konzentration, sondern wir haben sie längst auch in Europa. Hier ist die Messe gesungen, Europa ist aufgeteilt unter den großen

europäischen Energiekonzernen. Und da ist es so, dass E.ON innerhalb der EU den Platz 2 eingenommen hat, RWE Platz 3 und Vattenfall liegt an 4. Stelle, EnBW an 8. Stelle.

Aus dem Publikum: Wer ist an zweiter?

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: E.ON ist Europas zweitgrößter Energiekonzern.

Aus dem Publikum: Wer ist Erster? Ich dachte, Erster ist E.ON.

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: Nein, E.ON ist Zweiter. RWE ist Dritter, Vattenfall Europe ist Vierter und EnBW ist Achter. Erster ist EDF aus Frankreich. Man kann sagen, dass die sieben größten nur Elektrizitätswirtschaftsbezogen dass sie 90% des Marktes in Europa beherrschen und die vier größten „The big Four“ in Deutschland auf eine Nettostromerzeugung von sage und schreibe ebenfalls 90% kommen. Und hier gilt: wer die Kraftwerke hat, die Erzeugung, der hat auch die Macht. Wenn ich 90% Anteile habe, bezogen auf die vier großen, dann ist das laut Markttheorie, jedes Lehrbuch beschreibt das, ein enges Oligopol. Und ein enges Oligopol bedeutet ganz klar Marktmacht und sie nutzen diese Marktmachtstellung natürlich auch aus.



Was ist dann passiert, neben dieser Konzentration auf der einen Seite und der Internationalisierungsstrategie auf der anderen Seite? Zunächst kam es in Deutschland zu einem Rückgang der Strompreise. Das war so ein „AhaEffekt“ am Anfang, dass kurzfristig die Überkapazitäten, die im Markt waren, abgebaut wurden. Die deutschen Stromversorger hatten Reservekapazitäten vorgehalten, das war immer diese berühmte „Stunde im Januar“, die Spitzenlast, die dann abgedeckt werden musste. Hierfür wird bis heute eine Kapazität vorgehalten. In der anderen Zeit entstehen so Überschusskapazitäten. Wenn man das in Kosten umsetzt, bedeutet das Leerkosten. Diese Leerkosten konnten im alten System, aber auch im neuen System, über die Preise abgestoßen werden. In dem Moment, als den Unternehmen sozusagen der Schleier oder der Vorhang aufgezo- gen wurde, standen sie natürlich „blank auf der Bühne“ und haben sich geschämt. So

sind die Preise kurzfristig nach unten gegangen. Logisch. Sie haben dann angefangen Überkapazitäten relativ schnell abzubauen. Das waren alte „Mühlen“, meistens Gaskraftwerke, die technologisch nicht mehr „up to date“ waren, die man aber immer für diese Spitzenlasten noch angeworfen hat. So hat man die Überkapazitäten aus dem Markt geholt. Durch die Konzentration entstand aber relativ schnell wieder neue Macht, Angebotsmacht. Und damit konnte man die Preise wieder nach oben bringen.

Preisdiskriminierung

Dies ist allerdings differenziert zu sehen: Bei den Privatkunden sind die Preise relativ schnell wieder nach oben gebracht worden, weil die Privatkunden eben keine Gegenmacht hatten und haben. Während die großen Nachfrager über ihre Kontakte anderes aushandeln konnten. Da war der Prozess schwieriger, obwohl auch hier die Preise letztlich wieder nach oben gebracht wurden.

Was ist letztlich auch das Drohpotenzial eines großen Stromnachfragers? Nehmen wir mal ein ganz großes Industrieunternehmen. Das könnte im Grunde genommen sagen, „Wir holen den Strom woanders her.“ Aber hier gibt’s ein Parallelverhalten innerhalb des engen Oligopols. Da sind sich die Oligopolisten einig. „Wenn wir den jetzt reinnehmen, den großen Nachfrager, dann schlagen sie uns woanders.“ Also tun sie das nicht. Das kennen wir von den Tankstellen und von den Mineralölkonzernen. Der eine geht vor und die anderen gehen nach, wenn die Preise nach oben gesetzt werden, sodass das Drohpotenzial gar nicht so groß war. Dann blieb als Drohgebärde eines großen Industrienachfragers nur noch: „Wir machen jetzt eigene Kraftwerke, bauen eigene Kraftwerke auf.“ Aber das muss man erst mal machen. Das ist in jeweils aktuellen Preisverhandlungen eigentlich nicht ein so großes Druckinstrument, denn dann antwortet der Stromanbieter: „Ja, dann bau mal ein Kraftwerk ... musst ja erst mal eins genehmigt kriegen“, usw. Obwohl natürlich hier die Marktmachtstellung eine andere ist, als die eines kleinen privaten Haushalts, der vielleicht 3.000 oder 4.000 Kilowattstunden im Jahr abnimmt. Am Ende muss sich aber auch der große Stromnachfrager geschlagen geben.

Dennoch besteht aber Preisdiskriminierung. Der, der überhaupt keine Macht hat auf der Nachfrageseite wird natürlich am meisten belastet. Und wer auf der Nachfrageseite ein bisschen (relative) Macht hat, zahlt weniger, und dies für ein homogenes Gut! Das nennen Ökonomen schlicht und ergreifend Preisdiskriminierung.

Was ist dann im bisherigen Liberalisierungsprozess weiter passiert?

Arbeitsplatzabbau

Der vorgetäuschte Wettbewerbsdruck wurde auch nach innen weiter gegeben. Und dies ging eindeutig zu Lasten der Beschäftigten.

Den Gewerkschaften, den Betriebsräten ist verkauft worden: „Jetzt liebe Kolleginnen und Kollegen haben wir leider eine andere Welt - wir haben jetzt Wettbewerb, und das was wir vorher haben verteilen können, auch an euch, das geht zukünftig leider nicht mehr.“ Das hat man auf der Mitbestimmungsseite geglaubt.

Unsere Untersuchungsergebnisse sind hier jedenfalls evident, die dann eingetreten sind.

Erstens, es hat einen massiven Arbeitsplatzabbau gegeben. Jeder dritte Arbeitsplatz ist seit 1998 vernichtet worden. Insgesamt waren es 95.000, wobei man diese 95.000 allerdings differenzieren muss. Etwa 38.000 entfielen hierbei auf den Zeitraum von 1992 bis 1998. Sozusagen als Vorgriff auf die Liberalisierung. Und dann von 1998 bis 2008 nochmal gut 56.000 Arbeitsplätze, die abgebaut wurden. Also wir reden hier fast über 100.000 Arbeitsplätze, die in einem wichtigen Bereich der Wirtschaft, der Elektrizitätswirtschaft, verloren gegangen sind. Und zwar für alle Zeiten! Und man muss sagen, der Trend des weiteren Abbaus ist längst nicht gestoppt. Er hat sich zwar von der Schärfe ein bisschen abgeflacht. Aber der Prozess der Arbeitsplatzvernichtung wird auch hier in der Elektrizitätswirtschaft weitergehen. Hier muss man allerdings nach Betriebsgrößen differenzieren. Aber die Zeit hab ich jetzt leider nicht, um dies hier alles auszuführen. Da empfehl ich dann mal das Studium unseres Buches: „Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft“.

Monetäre Umverteilung

Neben dem Arbeitsplatzabbau kam es im Innenverhältnis zu einer gigantischen Umverteilung. Also, die ist so extrem verlaufen, dass sie weit, weit oberhalb der Umverteilung lag, die ja auch in der Gesamtwirtschaft gelaufen ist. Das Ergebnis der Liberalisierung war auch hier eine Umverteilung von unten nach oben bei der generierten Wertschöpfung. Dabei ist vorher immer gesagt worden, in der Energiewirtschaft gibt es eine starke Mitbestimmung, starke Betriebsräte. Die können sozusagen was entgegensetzen, dass nicht auch hier diese Umverteilung von unten nach oben innerhalb der Wertschöpfung läuft. Das Gegenteil war aber der Fall.

Das war für uns ein mehr als überraschendes Ergebnis. Das hätten wir, zumindest in dieser extremen Form, nicht gedacht. Dass sich auch hier Umverteilungsprozesse, weit überproportionale, vollzogen haben, das ist schon ein interessantes Ergebnis ge-

wesen. Und zum Verständnis - Wertschöpfung - damit wir uns auch hier richtig verstehen. Wertschöpfung heißt Überschussprodukt. Nur dies ist verteilbar. Da gibt es einen Produktionsprozess, für den braucht man Vorleistungsstrukturen, die müssen natürlich heraus gerechnet werden, denn die haben andere Beschäftigte, in anderen Unternehmen erbracht, und dann bleibt am Ende nach verkauften Leistungen, hier ist es Strom, ein Überschussprodukt über. Dies ist die betriebliche Wertschöpfung. Die Wertschöpfung teilt sich dann immer in vier Arten auf. Mehr gibt es nicht. Die erste Art der Wertschöpfung sind die Löhne und Gehälter, also der Personalaufwand. Zweitens die Zinszahlungen, die Zinszahlungen an Fremdkapitalgeber. Drittens die Grundeigentümer, diese verlangen Mieten und Pachten aus der Wertschöpfung und viertens die Gewinne, die die Shareholder, die Eigenkapitalgeber, verlangen. Diese vier Arten der Wertschöpfung sind bei der Verteilung zu berücksichtigen.



Und da stellt sich dann natürlich die Frage, wie wurde die Wertschöpfung in der Elektrizitätswirtschaft seit der Liberalisierung verteilt? Dass die Entstehung von Wertschöpfung natürlich nur durch den Menschen, durch menschliche Arbeit, möglich ist, muss ich hier arbeitswerttheoretisch nicht weiter ausführen. Aber spannend ist jetzt der empirische Befund der Verteilung. Der Befund sieht dabei so aus, dass, wenn wir mal von 1998 ausgehen, wir eine Nettowertschöpfung von 65 € die Stunde hatten. Wir haben das dann auf das Arbeitsvolumen bezogen, (das Arbeitsvolumen ist hier das vernünftige Maß, und nicht Köpfe, denn Köpfe, da sind Teilzeitkräfte mit drin und das ist dann keine genaue Größe.) Bei dem Begriff Arbeitsvolumen kann man nicht manipulieren. Das sind dann wirklich die Arbeitsleistungen, die in Anbetracht aller geleisteten Arbeitsstunden erbracht worden sind, und darauf haben wir das Ganze umgerechnet. Die Nettowertschöpfung lag so 1998 pro Stunde eben bei diesen 65 €. Dabei ist die Nettowertschöpfung bis 2007 um sage und schreibe 86 %, auf 121 € die Stunde angestiegen. Da stellt sich dann die Frage, bei einem solchen gigantischen Anstieg - um 86 % bezogen auf

das erwirtschaftete Überschussprodukt - wer hat denn das jetzt bekommen, dieses Überschussprodukt, diese Wertschöpfung?

Ich rufe hier nochmal in Erinnerung, was die Politik versprochen hat. Und daran haben wir sie auch gemessen. Eine andere Referenzgröße haben wir ja nicht. Die Politik hat gesagt, wenn der Wettbewerb kommt, dann gehen die Produktivitäten nach oben, und die Steigerungen werden dann weiter gegeben über Strompreissenkungen. Stimmt das? Es stimmt nicht!

Und Politik hat weiter bei der Prognose versagt, das wird die Gewinne der Energieversorger nach unten bringen. Stimmt das denn wenigstens? Auch das stimmt nicht. Also Politikversagen auf ganzer Linie! Das ist der eindeutige empirische Befund.

Und wenn man sich dann das Überschussprodukt näher anschaut - Steigerung 86 %. Wie viel entfallen davon auf die erste Wertschöpfungsart, nämlich Löhne und Gehälter? Da lag der Anteil 1998 an den 65 € pro Stunde Nettowertschöpfung bei 36 € je Stunde. Also von einer Stunde Nettowertschöpfung bei der Stromproduktion in Deutschland haben 1998 die Beschäftigten 36 € bekommen. Darin enthalten sind alle Kosten, auch Sozialabgaben, Arbeitsgeberanteile und dies ist eine Bruttogröße, also vor Steuern. Also die gesamten Arbeitskosten betragen pro Stunde 36 €. Und damit, Kopfrechnen schwach, 65 € minus 36 € macht?

Aus dem Publikum: 35 minus 66?

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: Nein: 65 minus 36.

Aus dem Publikum: Ach so ... 29.

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: 29, richtig, 29 € bekommen bzw. entfielen 1998 auf die anderen drei Wertschöpfungsarten: Zinsen, Mieten/Pachten und Unternehmensgewinne. Von den 121 € Nettowertschöpfung 2007 haben die abhängig Beschäftigten dann 44 € bekommen. Das ist eine Steigerung von 36 € auf 44 € um 22 %. Das heißt, die Beschäftigten haben von der Steigerung der Nettowertschöpfung in Höhe von 86 % im Zeitraum von 1998 bis 2007 nur 22 Prozentpunkte bekommen. Demnach sind 64 Prozentpunkte der Steigerung auf Zinsen, Mieten und Pachten sowie Gewinne abgeflossen. Ein gigantisches Umverteilungsergebnis zulasten der Beschäftigten und zweitens zulasten der Verbraucher. Oder sagen wir es allgemein, zulasten der Stromnachfrager. Bitte dann aber in der Differenzierung private Haushaltskunden - gewerbliche industrielle Großnachfrager mit der entsprechenden Preisdiskriminierung. Das ist hier der empirische Befund. Das heißt, die Elektrizitätsunternehmen haben es im Grunde geschafft, im Außenverhältnis nichts weitergeben zu müssen, weil die Preise in

Summe ja nicht gefallen, sondern im Gegenteil, noch gestiegen sind.

Bei den Strompreisen ist übrigens Deutschland - im internationalen Vergleich - ganz schlecht aufgestellt. Wir haben immer noch sehr hohe Preise.



Hier tut sich außerdem ein Paradoxon auf. Denn niedrige Strompreise vertragen sich nicht mit der Umwelt oder der ökologischen Frage. Ganz einfach deshalb nicht: Weil, was nichts kostet, damit wird geaast, das taugt auch nichts. Wenn Strom „nichts“ kostet, ja dann lassen wir die Lampen eben brennen, was soll's denn. Das ist schon ein Widerspruch, auch innerhalb des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks. Danach müsste eigentlich der Strompreis hoch sein. Nur dann gibt es auf der anderen Seite wieder ein Problem bei den Nachfragern, bei vielen zumindest, auch bei den Privaten. Man spricht ja schon von einer „Stromarmut“, dass eben viele, die heute gesellschaftlich ausgegrenzt sind, dass die dann kaum noch dieses Gut, das ja ein Basisgut ist, was ich anfangs sagte, und der Daseinsvorsorge dient, dass sie dieses Gut gar nicht mehr nachfragen können. Und auf der anderen Seite, wenn der Preis hoch ist, wenn wir die industriellen Nachfrager nehmen, so kommt es hier zu höheren Vorleistungsstrukturen innerhalb des Produktionsprozesses. Und das ist für die Unternehmen, jedenfalls für die, die im internationalen Wettbewerb stehen, womöglich dann auch ein Problem. Also das ist eine schwierige „Veranstaltung“, auszutarieren, hier ein Optimum zwischen einem wirtschaftlich vernünftigen Strompreis, der dann auch so verträglich ist, dass man nicht zu kontraproduktiven Verbräuchen kommt, dass die Umwelt darüber entsprechend negativ tangiert wird, zu finden.

Ich will die Umverteilungsergebnisse noch einmal zusammenfassen:

Die Elektrizitätsunternehmen haben es seit 1998, seit der Liberalisierung, geschafft, enorme Produktivitäten zu heben, erstens über den Abbau von

Überschusskapazitäten, zweitens über einen gigantischen Personalabbau, jeder dritte Arbeitsplatz ist hier verloren gegangen, und drittens über eine Mengenausweitung beim Stromabsatz, Stichwort hier noch einmal: Internationalisierungsstrategie.



Laut Theorie und politischer Vorhersage hätten die Produktivitätssteigerungen über Wettbewerb in Form von abgesenkten Preisen weiter gegeben werden müssen. Dies war aber, wie aufgezeigt, nicht der Fall. Das heißt im Umkehrschluss: es gibt nach wie vor keinen Wettbewerb im Strommarkt. Das hat auch das höchste deutsche Gericht, der Bundesgerichtshof, in einem Urteil festgestellt. Dies ist eine schallende Ohrfeige für die „Großen Vier“ am Strommarkt, aber auch für die herrschende Politik. Wettbewerb wollten die Energieversorger natürlich auch nicht. Und sie haben es geschafft, über die beiden angeführten Strategien, also über eine Konzentrations- und Internationalisierungsstrategie, den Wettbewerb aus zu schalten. Und nachdem man den Wettbewerb ausgeschaltet hatte, ist der Umverteilungsmechanismus in Bewegung gesetzt worden. Das war die Prämisse.

Also im Ergebnis: Ganz klare Verlierer sind die Beschäftigten im Innenverhältnis. Ganz klare Verlierer sind im Außenverhältnis auch die Nachfrager über nichtadäquat abgesenkte Strompreise. Und ganz klarer Verlierer ist auch die Umwelt.

Geringe Investitionen

Bezüglich der Umwelt muss man die Investitionen betrachten. Theoretisch ist dabei vorab abgeleitet worden, dass der Wettbewerb die einzelnen Unternehmen dazu zwingen würde, effizient und umweltschonend Strom zu produzieren. Und effizient und umweltschonend kann man Strom nur dann produzieren, wenn man auch einen Kapitalstock bzw. Anlagen hat, die dies ermöglichen. Und das geht eben nur über adäquate Investitionen, und zwar Investitionen in Kraftwerke und Netze.

Aus dem Publikum: Also Netze.

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: Also Netze. Man muss aber sagen, die Unternehmen, die Vorstände, und letztlich die Shareholder waren hier sehr zurückhaltend. Sie haben abgewartet. Man muss sie dabei aber auch ein Stück weit in Schutz nehmen. Denn es ist klar, Kraftwerksinvestitionen unterliegen einem 30 bis 40jährigen Zyklus. Also wenn man heute ein Kraftwerk baut, dann muss dieses über 30 bis 40 Jahre abgeschrieben werden. Bevor Unternehmen so eine Investition tätigen, was ja auch mit entsprechenden Geld und Finanzierungsvolumina und Risiken zusammenhängt, da überlegen die Unternehmen dann schon zwei Mal, welche Investitionen sie in welche Kraftwerke und welche Netze tätigen. Will damit sagen: Die Unternehmen brauchen bei so langen Zyklen von der Politik schon einen verlässlichen Planungshorizont. Wir erleben ja gerade mit dieser erbärmlich schlimmen Verlängerung der Laufzeiten bei den AKW's genau das politische Gegenteil. Und ich kann in diesem Kontext nur hoffen, dass die Stadtwerke nicht nur drohen, sondern jetzt auch wirklich klagen bzw. vor Gericht ziehen. Denn die haben natürlich auf den Atomausstieg bei ihren Investitionen in regenerative Energien gesetzt. Da kann Politik nicht „Hü und Hott“ von heute auf morgen sagen, sonst kommt es zu enormen Fehlallokationen, ökonomisch gesprochen. Man hat mit der Energiewirtschaft auf den seinerzeit verhandelten Ausstieg gesetzt und hat gesagt „Okay, das schafft jetzt auch den investiven Rahmen für regenerative Energien.“ So, und gerade Stadtwerke haben da daraufgesetzt und sind ja dann auch verstärkt in diese Investitionen gegangen zu wenig, will ich gleich hier vorab sagen, aber immerhin, man hat die Zeichen der Zeit erkannt, und hat hier was gemacht. Die „Großen Vier“ haben gar nichts gemacht, erst mit den „Europäischen 2020Zielen“ sind sie auf den Zug aufgesprungen, viel zu spät und viel zu wenig. Jedenfalls das, was an Investitionen gelaufen ist, ist absolut beschämend, ist kontraproduktiv gewesen. Und man muss sagen, wir haben dadurch heute zurückgestaute Investitionen, die uns morgen auf's „Butterbrot geschmiert“ werden. Deshalb ist der Beschluss, was die AKWLaufzeitverlängerung angeht, unter dem Aspekt von Investitionen in regenerative Energien so schlimm, so erbärmlich schlimm, das hätte nie passieren dürfen. Man kann unterm Strich sagen, dass es im Zuge des Liberalisierungsprozesses fast mehr zu Desinvestitionen als denn zu zukunftsweisenden Investitionen gekommen ist. Es ist viel zu wenig in erneuerte Kraftwerke und auch in Netze investiert worden.

Aus dem Publikum: ... hier in Deutschland?

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: Ja, man will abwarten,

wie die Politik den Rahmen setzt, für welche Energieträger man sich politisch entscheidet. Offensichtlich ja wieder für Atomkraft. Und wenn ein privatwirtschaftliches profitgetriebenes Unternehmen das weiß, wird es auch entsprechend investieren und damit aber auch gleichzeitig über einen langen Zeitraum den Energieträger determinieren. Unternehmen wollen halt mit Investitionen nichts anderes, als Profite machen. Das sollte man eigentlich wissen.

Verschlechterung der Unternehmenskultur

Dann haben wir auch die Innenverhältnisse der Elektrizitätsunternehmen untersucht. Ich hatte das ja schon angedeutet mit dem Stichwort „Unternehmenskultur“. Das wäre jetzt allein ein abendfüllendes Programm. Aber ich will trotzdem auch noch hier ein paar wesentliche Ergebnisse unserer Forschung vortragen. Was haben wir bezüglich der Unternehmenskultur untersucht? Wir haben uns gefragt, normativ natürlich, "wie müsste eigentlich eine demokratischpartizipative Unternehmenskultur in den Unternehmen aussehen?" Wir diskutieren ja vielleicht gleich noch darüber, auch im Kontext einer Vergesellschaftung von Energieversorgern. Da spielt dieses Innenverhältnis, die „Kultur des Unternehmens“, die entscheidende Rolle. Wie soll die Kultur aussehen? Dazu haben wir zunächst einmal eine demokratischpartizipative Unternehmenskultur entwickelt. Sie müsste aus sechs Größen bestehen. Da ist zunächst einmal eine Kommunikationsdialektik in Verbindung mit einer holistischen Informationspolitik und dazwischen liegt eine partizipative Personalführung. Das hört sich jetzt schlimm wissenschaftlich an, und ist auch nicht so einfach zu verstehen, es ist im schon erwähnten und von uns veröffentlichten Buch zur Elektrizitätswirtschaft aber alles ausführlich beschrieben - auch die einzelnen empirischen Befunde diesbezüglich. Kommunikationsdialektik, wenn wir nur mal diesen einen Punkt rausnehmen. Kommunikationsdialektik bedeutet, dass in einem Unternehmen, wenn das Unternehmen einer demokratischpartizipativen Unternehmenskultur genügen will, dass eine Dialektik aus „These, Antithese und Synthese“ im unternehmerischen Kommunikationsprozess angstfrei zum Tragen bzw. zur Umsetzung kommt. Das ist heute in den meisten Unternehmen nicht der Fall, auch in der Energiewirtschaft nicht. Es wagt heute in Unternehmen kaum noch einer die Antithese zu bilden, weil er Angst haben muss, wenn er sie bildet, morgen seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Der unternehmerische Kommunikationsprozess muss aber dialektisch sein, er muss eine angstfreie Rede und

Gegenrede ermöglichen. Denn nur dann gibt es auch eine Synthese und damit notwendige Innovationen.

Aus dem Publikum: So ist es.

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: Das kann man multiplizieren, bezogen auf die gesamte Volkswirtschaft. Fehlende Kommunikationsdialektik legt sich wie Mehltau über die gesamte Wirtschaft und lähmt letztlich jeden innovativen Prozess.

Aus dem Publikum: So geschehen.

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: Und wenn eine Volkswirtschaft nicht mehr in der Lage ist, Innovationen zu generieren, dann kann man die Uhr stellen, dann bekommt jede Volkswirtschaft allergrößte Probleme. Also Kommunikationsdialektik ist sehr wichtig. In Verbindung mit einer holistischen Informationspolitik. Dazu nur soviel: Wenn man heute einen Beschäftigten in einem Unternehmen fragt, egal wo: „Sag mir doch mal was über „dein“ Unternehmen, in dem du arbeitest, womöglich jetzt schon 10, 15 Jahre lang, sag mir mal was über die Strategie des Unternehmens, über die expostSituation, wie viel Umsatz hat das Unternehmen gemacht, wie viel Gewinn hat das Unternehmen gemacht, wie sieht die Unternehmensplanung aus ...“. Das wissen die Beschäftigten in der Regel nicht. Und selbst Betriebsräte wissen es häufig nicht. Die Beschäftigten in den Betrieben wissen zwar viel über ihre Arbeitsplätze, das reicht aber bei weitem nicht.



Nur Schein-Mitbestimmung

Zur „demokratischpartizipativen Unternehmenskultur“ gehört auch die Mitbestimmungsfrage. Der empirische Befund ist hier eindeutig: Wir haben keine wirkliche paritätische Mitbestimmung in Deutschland. Das was wir haben, ist fast alles Scheinmitbestimmung. Wir haben zwar drei Gesetze in Deutschland: das Montanmitbestimmungsge-

setz, das 76er Mitbestimmungsgesetz und das Drittelbeteiligungsgesetz.

Fangen wir mit dem letzten an. Hier haben Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat ein Drittel der Sitze. Da über Mitbestimmung zu reden, ist blanker Zynismus. Das 76er Mitbestimmungsgesetz: Hier gibt es im Aufsichtsrat zwar eine numerische Parität zwischen Kapital und Arbeit, aber bei Abstimmungspart hat der Aufsichtsratsvorsitzende, der immer von der Kapitaleite gestellt wird, eine doppelte Stimme. Also die Arbeitnehmerbank kann da immer überstimmt werden, so dass letztlich auch hier keine echte Mitbestimmung gegeben ist.

Nur im Montanmitbestimmungsgesetz ist nicht nur eine numerische Parität zwischen Kapital und Arbeit gegeben, sondern auch durch den sogenannten „Neutralen“, der dann Zünglein an der Waage bei Pattabstimmungen ist, eine wirkliche paritätische Mitbestimmung. Diese gibt es aber nicht in der Elektrizitätswirtschaft, weil das Montanmitbestimmungsgesetz ausschließlich für die Bereiche Kohle und Stahl gilt.

Aus dem Publikum: Richtig, ja.

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: Kapital und Arbeit sind hier blockiert. Das heißt, sie müssen ein konsensuales Modell fahren. Sie müssen sich über Investitionen verständigen, über Gewinnverwendung, sie müssen sich über alles verständigen – im Konsens. Das ist eine Form von wirklicher Mitbestimmung. Diese gilt in Deutschland bei rund 35 Millionen abhängig Beschäftigten aber nur noch für ca. 100.000 Arbeitnehmer, eben im Kohle und Stahlbereich.

Aus dem Publikum: 100.000?

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: Genau ca. 100.000.

Aus dem Publikum: Und die Montanindustrie war jahrzehntelang Vorbild für alle anderen Industrien.

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: Ja, sie konnte aber nicht allgemein über die Wirtschaft gelegt werden. Schaut man sich den Strukturwandel bei Kohle und Stahl an – da wissen wir in Nordrhein-Westfalen wirklich eine Menge zu erzählen –, und vergleicht das mal mit dem Strukturwandel in der Textilindustrie. Im Bereich Kohle und Stahl hat es bis heute nicht eine einzige betriebsbedingte Kündigung gegeben. Der strukturelle Personalabbau wurde hier sozialverträglich angesteuert. Und in der Textilindustrie, was hat man dort mit den Beschäftigten gemacht, die hatten kein solches Mitbestimmungsrecht. Betriebsbedingte Kündigungen waren da eine ganz normale Veranstaltung. Das ist der qualitative Unterschied, wie man hier entsprechend mit Menschen unter unterschiedlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten umgegangen ist.

Wir haben dann mit einem riesen Aufwand, mit Fragebögen, empirisch untersucht, wie weit der Stand einer demokratischpartizipativen Unternehmenskultur, wozu auch noch die Größen eines mitarbeiterzentrierten Ideenmanagements, Weiterbildung und auch eine Gewinn und Kapitalbeteiligung der Beschäftigten in den Unternehmen gehört, wie weit eine solche Kultur bei den Energieversorgern heute schon umgesetzt ist?



Wir haben dazu aber nicht nur, einseitig die Mitbestimmungsseite gefragt, also Betriebsräte, Wirtschaftsausschussmitglieder, Aufsichtsräte auf der Arbeitnehmerbank, sondern wir haben auch die Kapitaleite befragt, Vorstände und Geschäftsführer, weil wir auch hier ihre Position hören wollten, wie sie die gegebene Unternehmenskultur und auch Veränderungsprozesse im Rahmen des Liberalisierungsprozesses einschätzen. So, ich fass das jetzt mal in Anbetracht der schon fortgeschrittenen Zeit auf die Schnelle zusammen. Beide Seiten haben hier bezüglich der Unternehmenskultur mehr oder weniger gesagt, es hat ganz klar Verschlechterungen gegeben. Bezüglich der Mitbestimmung hat die Kapitaleite betont, das wäre auch notwendig gewesen. Sie wollen eben keine wirkliche Mitbestimmung. Obwohl in der Elektrizitätswirtschaft das Montanmitbestimmungsgesetz nicht gilt, sondern nur die Scheinmitbestimmung gemäß 76er Mitbestimmungsgesetz oder dem Drittelbeteiligungsgesetz. Eine betriebliche Mitbestimmung gemäß Betriebsverfassungsgesetz war übrigens in allen untersuchten Unternehmen gegeben. Also einen Betriebsrat haben alle Energieversorger. Immerhin: in anderen Branchen ist das keine Selbstverständlichkeit. Aber eine unternehmensbezogene demokratisch partizipative Mitbestimmung, und damit auch eine wirtschaftliche Mitbestimmung, die gibt es in der Elektrizitätswirtschaft bis heute nicht.

Wir haben dann natürlich auch danach gefragt, wie die anderen Größen einer demokratischpartizipativen Unternehmenskultur heute in den Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft schon umgesetzt sind. Da müsste ich jetzt sehr differenziert antworten. Die Zeit habe ich aber leider nicht mehr. Des-

halb hier nur ein paar sehr grobe zusammenfassende Feststellungen. Die „Big Four“ sind insgesamt bei einigen Größen einer demokratischpartizipativen Unternehmenskultur gar nicht mal so schlecht aufgestellt. Das sieht in den Stadtwerken übrigens – das ist auch interessant – nicht so gut aus. Aber wenn man hier mal, was die heutige Umsetzung der Kultur anbelangt, differenziert auf die „Großen Vier“ schaut, und eine Schulnote von 1 bis 6 gibt, dann würden wir für alle im Durchschnitt ein Befriedigend geben. EnBW hat dabei mit 2,5 etwas bester abgeschnitten. Und die Stadtwerke, na ja, die liegen zwischen befriedigend und ausreichend, und einige große Stadtwerke kommen auch einem befriedigend nahe. Also, da ist insgesamt noch viel Arbeit, viel aufzuholen. Da müssen noch viele Prozesse in den Unternehmenskulturen verändert und verbessert werden.

Wir haben natürlich die Ergebnisse unserem Auftraggeber, der Hans Böckler Stiftung und auch ver.di und der IG BCE als hier zuständige Gewerkschaften vorgestellt. Alle waren bezüglich der Ergebnisse in vielen Punkten mehr als überrascht. Umso mehr muss jetzt mit den Ergebnissen gearbeitet werden. Es kommt darauf an, ein in sich geschlossenes Energiekonzept unter Berücksichtigung einer idealtypischen Unternehmenskultur im Außen wie im Innenverhältnis von Elektrizitätsunternehmen zu erarbeiten und dabei die von uns vorgelegten Forschungsergebnisse als Input aufzunehmen bzw. zu berücksichtigen.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit. (Applaus)

Diskussion

Beiträge in gekürzter Form



Ida Schillen, Heinz Bontrup, Claudia Jetter, Wolfgang Freye, Özlem Demirel, Michael Aggelidis

Claudia Jetter: ... Wir haben jetzt eine sehr spannende Analyse gehört, wie die Elektrizitätswirtschaft heutzutage aufgebaut ist und auch wie es dazu gekommen ist. Allerdings würde ich nicht sagen, Politik hat versagt. Denn für die Energiewirtschaft war's ja sehr vorteilhaft. Wir haben gesehen, 90% der Energieversorgung erfolgt durch die "Großen Vier". Das heißt, nicht Politik hat versagt, sondern es war eindeutig neoliberale Politik, die eben genau für diese Konzentration gesorgt hat. Das heißt, sie hat nicht versagt, sondern eindeutig Klientelpolitik betrieben, um eben diese vier Energiekonzerne zu unterstützen. Ich verrate da natürlich kein Geheimnis, dass wir als Linke genau dem entgegensteuern wollen. ...



Und es stellt sich mir die Frage, wie können wir es schaffen, trotz der Macht der "Großen Vier", die ein günstiges Stromangebot bereithalten, die mittlerweile auch für sich beanspruchen, erneuerbare Energien zu nutzen durch Offshorewindparks, diese Macht zu brechen und dezentrale Strukturen entgegenzusetzen, die langfristig erneuerbare Energien produzieren können.

Wolfgang Freye: ... Mich würde nochmal interessieren, wie sich eigentlich der Anteil der "Big Four" an der gesamten Stromerzeugung vorher und nachher entwickelt hat, also wie die Macht dieser Oligopole auf den Markt praktisch gesteigert wurde ...



Und unser Anliegen müsste ja grade sein als Linke, zu kucken, wie man mit kommunalen Unternehmen zunehmend in die Erzeugung reinkommen kann. Das ist meiner Ansicht nach das große Problem, dass man da reinkommt, um dort eben praktisch bei der Erzeugung dieses Monopol der "Vier Großen" zu brechen und kleiner zu machen.

Özlem Demirel: ...

Ich finde die entscheidende Frage, die du auch gestellt hast Wolfgang, ist die Frage, wie zerschlägt man denn die Macht der "Großen Vier"? Und wir haben immer wieder betont in unseren Diskussionen als Linke, aber auch über uns Linke hinaus wurde das in alternativen Kreisen immer wieder betont, dass wir sagen, wir wollen kleinere dezentralere Einheiten.



Wir wollen dadurch mehr Transparenz schaffen. Wir wollen andere Unternehmensstrukturen haben, die wirklich im Sinne der Gesellschaft agieren. Das heißt, für uns ist natürlich in dieser ganzen Frage auch mitentscheidend, wie sehen die Beschäftigungsverhältnisse für die Beschäftigten aus? Wie ist das mit Sozialtarifen bei Strom? Weil das für uns natürlich auch zur elementarsten Daseinsvorsorge für menschenwürdige Lebensverhältnisse gehört. Insofern ist bei uns immer die Schlussfolgerung gewesen, zu sagen, okay, die Eigentumsfrage führt uns erst dahin, diese Wege zu ermöglichen. Und das ist d'accord. Und da widerspricht ja auch keiner. Und ich glaube, das ist natürlich auch die entscheidende Frage. Aber über die Eigentumsfragen hinaus haben wir auch weitere Fragen an Unternehmen, auch an Unternehmen in öffentlicher Hand, auch was die Energieversorgung angeht.

Deshalb glaube ich, ist für uns auch immer wichtig, zu diskutieren, welche Ansprüche und welche Herausforderung wir in diesem Bereich haben, ökologisch und umweltpolitisch, aber auch darüber hinaus.



Michael Aggelidis: ...zur Frage der Netzverstaatlichung.

Wir haben vorgeschlagen, dass NRW den Kauf des

Netzes von RWE prüft. RWE hat eine Tochter auf Druck der EUKommission gegründet, hat also seine Netzbeteiligungen ausgegliedert in eine Gesellschaft. Und es sind 11.000 km Höchstspannungsnetz. Die gehen bis runter ins Schwabenland ... passieren RheinlandPfalz, NRW, das Saarland, der Südwesten von Hessen und den Regierungsbezirk Schwaben, und produzieren und verteilen eine ganze Menge Strom durch dieses Netz hindurch. Und wir haben vorgeschlagen als einen praktischen Schritt, wie man diese "Großen Vier" entmachten kann, dass das Land NRW diese Netztochter von RWE kaufen soll.

Profitallianz zwischen Kommunen und Unternehmen

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: ... Das Problem ist wirklich in dieser Branche, nochmal Stichwort "Schlangengrube", der hohe Grad der unheilvollen Allianz zwischen Politik und Energiewirtschaft...

...da ist eine ungeheure Macht. Ja, das ist aber auch die Allianz in der kommunalen Verstrickung. Wenn die Kommune öffentlicher Eigentümer ist, dann will die Kommune auch maximalen Profit.

Der Oberbürgermeister von Hannover, gleichzeitig hat der ja die Stadtwerke in Hannover, der sagt in einem Interview in der Hannoverischen Allgemeinen Zeitung vor 14 Tagen: "Was die Stadtwerke Hannover machen, find ich gut, die dürfen auch alles machen - bin ja der Eigentümer als OB. Nur eins ist klar, ich will mindestens um die 120 Mio. EURO pro Jahr Gewinn sehen von den Stadtwerken Hannover. Sonst kriegen die mit mir Ärger. Solange die mir 120 Mio. EURO jedes Jahr abliefern für meinen Stadtsäckel, können die machen, was sie wollen." So, das ist genau das Problem. Das ist eine unheilvolle Allianz, die sich hier über Jahre aufgebaut hat. Und darüber müssen wir nachdenken, wie man das aufknackt, auch aus den inneren Strukturen heraus, was ich nochmal mit demokratischpartizipativer Unternehmenskultur als Stichwort benennen will. Da müsst ihr ansetzen.

Teilnehmer: Ja, also erst mal vorab, Energieversorgung in öffentlicher Hand muss nicht immer unbedingt positiv sein man siehe Vattenfall sondern das, was die Politik daraus macht.

Das Zweite ist der ökologische Umbau. Es gibt ja diese sogenannten RECSZertifikate, die der größte Schwindel sind. Wir kriegen den mit Wasserkraft erzeugten Strom aus Norwegen. Norwegen hat dann aber keinen Strom mehr und verbrennt dann unseren Strom, der mit Braunkohle erzeugt wurde. Also das ist eine Lügerei mit diesen Zertifikaten. Da muss auch drauf geachtet werden. Das machen nämlich viele Stadtwerke gerne, dass sie aufgrund

dieser Zertifikate sagen, ja wir haben jetzt unseren Ökostrom.

HansJürgen Zierus: ..Ich wollte einen Beitrag, eine Idee dazu liefern, wie man vielleicht finanzpolitisch ein Stückchen sich nähert und eine Ressource erschließt. Und zwar gehe ich politischideologisch davon aus, dass die Energieversorgung von dem Ursprungsgedanken der Daseinsvorsorge eine typische Selbstverwaltungsaufgabe der Städte und der Kommunen dargestellt hat und auch darstellen muss. Und von diesem Grundgedanken her verlange ich eigentlich, dass diese Daseinsvorsorge auch von den Verbrauchern selbst organisiert ist und auch in der Hand behalten wird. Und dass die Gewinne, die Verselbstständigung dieses Energieversorgungssystems in Form von Aktiengesellschaften, von diesen juristischen Zusammenschlüssen wieder zurückgeführt werden muss auf den Ursprungsgedanken der Selbstversorgung und ausgegliedert werden muss aus den Gewinnmaximierungszwängen, die in dieser Rechtsform Aktiengesellschaft besteht. Das heißt also, es muss so viel erwirtschaftet werden, dass man wieder einen Bestand refinanzieren kann, also wieder investieren kann. Aber der andere Rest, der dort übrig bleibt, der darf nicht zur Querfinanzierung benutzt werden, sondern er muss zurückfließen in die Ursprungsidee "Daseinsvorsorge", also zurück wieder in den Topf einer städtischen oder einer überregionalen Gesellschaft, mit dem Ziel, diese Finanzmittel wieder einzusetzen, und dann wieder das Eigentum zurückzuerwerben, um den Daseinsvorsorgegedanken wieder zu verwirklichen. Das muss kommen.

Also die Gewinne dieser städtischen Betriebe in Form von GmbHs müssen in ihren Überschüssen auch wieder in so einen Fonds zurückgeführt werden, damit man wieder die Finanzkraft bekommt, zurückzukommen zum eigenen Eigentum, zu eigenem Besitz und zur eigenen Steuerfähigkeit.

Thiess Gleis: Zum Ende so eines Diskussionsabends kann ich mir doch erlauben, ein kleines Resümee zu ziehen. Der Vortrag von Heinz, der zwei Botschaften hat: das Erste ist "Energiefragen sind Machtfragen", und das Zweite ist "Strom ist eine ganz besondere Ware."

Und das, grade das Letztere ist mir etwas zu wenig zum Thema gemacht worden. „Strom ist eine ganz besondere Ware.“ Sie braucht jeder, und sie wird produziert quasi erst nach Abruf.

Und das Dritte, das ist heute noch gar nicht thematisiert worden, wir müssen zur Zielsetzung machen, dass möglichst wenig von dieser Ware produziert wird. Wir müssen Strom sparen, sparen, sparen. Das muss ein politisches Ziel sein.

Strom muss dem Markt entzogen werden

Diese drei Dinge: Energiefragen sind Machtfragen und Strom ist eine besondere Ware, macht es dadurch prädestiniert, eine ganz kleine glasklare politische Aussage zu treffen. Die Stromproduktion ist definitiv nicht dafür geeignet, marktwirtschaftlich organisiert zu bleiben, Punkt. Das sollte am Ende doch rüberkommen. „Ist nicht dazu geeignet, marktwirtschaftlich, wie auch immer, organisiert zu sein.“

Und wenn man das als Zielsetzung hat, dann leitet sich quasi alles andere davon ab.

Zum Beispiel die Preispolitik. Ich möchte nicht, dass die Strompreise sinken. Sie müssen steigen, die Strompreise. Wenn man doch etwas über Geld verteilen will, müssen die Strompreise steigen. Da wir aber auch linke Sozialpolitiker sind, müssen wir gleichzeitig dafür sorgen, dass ein Mindestkontingent an Stromverbrauch hier sehr günstig, quasi per Zuteilung verbraucht werden kann. Und alles das, was darüber hinaus verbraucht wird, muss sehr rasant steigen, um einen Spardruck zu erzeugen, aus umweltpolitischen, zukunftsmaßigen Gründen müsste eine solche Politik gemacht werden. Daraus wird auch unmittelbar klar, es nicht machbar mit großen Konzernen.

Man müsste im Grunde in unserer Verfassung ein ganz kleines zusätzliches Artikelchen einbauen. Der müsste lauten "Es ist verboten, mit der Stromproduktion privaten Gewinn zu erwirtschaften." Und das gilt sowohl für die Herren Großmann als auch für einen kleinen, wie hier, wie Herr Piefke, der zufälligerweise bei einem Stadtwerk das Sagen hat. Aber alle beide wollen sie sich an diesem Reizbereich bereichern, dass mit Strom viel Geld zu verdienen ist. Aber das Gegenteil muss Leitbild werden. Dafür muss eine Linke stehen. Das muss ihre programmatische Forderung sein. Und das, weil es eben Machtfragen sind ... Wir sagen, wir wollen diese großen Konzerne enteignen. Wir wollen die Beschäftigten auf die Straße bringen, wir sagen, schickt eure Manager weg. Sie machen eine komplett falsche Politik, die weder die Arbeitsplätze sichert noch die Zukunft der Energieversorgung sichert. Diese Machtfragen müssen wir hiermit verbinden, und erst dann kommen wir auch mal in eine Lage, zu diskutieren, wie machen wir eigentlich mit Stadtwerken eine alternative Politik. Aber in dieser Reihenfolge muss diskutiert, aufgeschrieben und an die Leute gebracht werden. Und wenn wir dann alle solch sachkundige Einwohner sind, wie mein Vorredner, dann glaub ich, dann können wir die Welt auch verändern.

Michael Aggelidis: ...Also diese Frage, wie wir öffentliches Eigentum demokratisieren, das haben wir alle noch nicht geklärt, das muss man einfach sehen. Darauf gibt es verschiedene Antworten zurzeit, da müssen wir noch gewaltig dran arbeiten. Und wie wir's demokratisieren, darauf hab ich keine allgemeingültige Antwort. Die Verstaatlichung ist eine, wie sagt man so schön, eine notwendige aber nicht hinreichende Bedingung dafür.



Und vielleicht kann's in die Richtung gehen, in Richtung Genossenschaft, in Richtung bürgerschaftliches Eigentum, dass wirklich jeder Bürger, jeder Einwohner, soweit will ich's dann formulieren, jeder Einwohner Eigentümer ist, realer Eigentümer. Er kann es nicht verkaufen. Er hat eine Rendite. Wie man die auszahlt, das muss man dann sehen. Also da müssen wir glaub ich diskutieren, da müssen wir Phantasie beweisen in den nächsten Jahren. Aber in der Tat, staatsbürokratisches Eigentum ist die Antwort nicht. Das hat gerade die Vergangenheit gezeigt.

Özlem Demirel: ...Bei der Frage von Unternehmen und Eigentumsverhältnissen, öffentlichen Unternehmen ist für uns beispielsweise auch entscheidend, dass man Transparenz in diesen Unternehmensstrukturen schafft, und zwar vollste Transparenz, vor allen Dingen auch bei Stadtwerken, die ja im Moment nicht immer transparent für die Stadtparlamente sind, und was wir auch möchten, ist eine andere Beteiligungsstruktur in dieser Form, dass beispielsweise die Kunden mit in diese Beiräte reinkommen und mitentscheiden können, welche Unternehmenspolitik vor Ort geführt wird. Weil im Moment ist dies nicht der Fall.

Wolfgang Freye:...Also ich will auch nochmal an dem anknüpfen, was die Özlem grade gesagt hat. Ich finde auch, dass - da bin ich mit ihr völlig einer Meinung - dass es absolut nichts bringt, zu sagen, wir müssen nur einfach jetzt Eigentümer von möglichst viel sein, als Kommune z. B. - ist ja nochmal ein Unterschied zur Verstaatlichung, würde ich je-

denfalls machen, die Kommunalisierung, weil's da einfach ein überschaubarer Rahmen ist. Das alleine bringt nichts. Aber ich glaub, wir müssen eine Aussage, die wir vor Jahren schon mal in der Kampagne gegen Privatisierung hatten, wirklich mit Leben füllen. Und das ist die Aussage "Öffentlich, weil's besser ist." Wir müssen das "besser" belegen und müssen dann eben auch entsprechend gucken, was wir mit dem öffentlichen Eigentum wirklich besser machen können. Und da ist natürlich ein echtes Problem, wenn die Untersuchung ergibt, dass die Transparenz und die Unternehmensverhältnisse, die intern bei den Stadtwerken schlechter sind, als in vielen kapitalorientierten, gewinnorientierten, profitorientierten Konzernen oder so ähnlich. Das ist ein echtes Problem find ich. Wenn's so läuft, werden wir ja niemals irgendwie plausibel machen können, warum das überhaupt Sinn macht, warum's eben öffentlich besser geht. Das ist ja ein einfacher Spruch, den man aber praktisch mit Leben füllen kann. Was ich sehr interessant finde, ist aber - und da komme ich nochmal zu dem Thema "Allianzen" - in der Abwehr von Privatisierung. Interessant ist ja, dass es eigentlich seit mehreren Jahren schon regelrecht eine Gegenbewegung gegen die Privatisierungswelle der 90er Jahre und auch der letzten Jahre gibt.



Was ich glaube ist, dass wir in der Linken eine Diskussion brauchen, um so eine Art neue Gemeinwirtschaft, also wie man gemeinwirtschaftlich öffentliche Unternehmen gestalten kann und wie man das entwickeln kann, also bestimmte Anforderungen, Kriterien entwickeln können. Und ich glaube, das ist ein Punkt, wo wir wirklich was machen müssen in den nächsten Jahren, wo's tatsächlich dann auch um Konzepte geht und wo wir tatsächlich im Augenblick noch nicht so ganz viel auf der Hand haben

Claudia Jetter: ...Ich bin natürlich grundsätzlich dafür, dass alles, was mit kommunaler Daseinsvor-

sorge zu tun hat, in öffentliche Hand gehört. Und da gehört auch die Stromversorgung, die Energieversorgung dazu, da sind wir uns alle einig, dass das langfristig in öffentliche Hand gehört. Wie das dann in öffentlicher Hand organisiert wird, ob es tatsächlich wie die Stadtwerke jetzt organisiert wird, das ist für mich genauso fraglich. Da müssen wir uns über neue Eigentümerstrukturen jedenfalls Gedanken machen. Ich bin auch Thies nochmal ganz dankbar für seinen Beitrag. Natürlich muss am Ende dieses Prozesses auch stehen, dass wir weniger Strom verbrauchen und überhaupt auch erst erzeugen. Allerdings ist mir's auch da lieber, dass dieser Strom, auch wenn wir ihn einsparen, dass der lieber aus erneuerbaren Energien kommt, als Kohle oder Atom. ...



...letztendlich denke ich, dass wir tatsächlich diese Schritte einbinden müssen in ein Konzept, und uns darüber weiter Gedanken machen müssen, wie können wir dieses Konzept umsetzen, an dessen Ende dann steht, erstens dezentrale Strukturen zur Stromversorgung, weniger Stromproduktion überhaupt, und die Stromproduktion umstellen auf erneuerbare Energien.

Dafür brauchen wir ein Konzept und die Schritte, die uns da hinbringen.

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: Also wir müssen glaube ich, zwei Dinge auseinanderhalten. Und zwar einmal die ordnungstheoretischen und die prozesstheoretischen.

Ordnungstheoretisch, das ist die Eigentumsfrage. Da kann ich dir nur 100% zustimmen das ist auch die Ergebnisfindung unserer Studie Elektrizität lässt sich nicht über das Markt und Profitprinzip allokativ, also im Rahmen einer vernünftigen gesamtgesellschaftlichen Allokation aussteuern. Ganz klar.

Damit hast du das Problem aber noch nicht gelöst. Wenn das so ist, das ist ja ein Negativbefund. Da musst du natürlich prozesstheoretisch sagen, wer

legt den Preis fest. Wenn der Markt über's Wettbewerbsprinzip das nicht leistet, jedenfalls nicht allokativ, dann musst du trotzdem noch die Frage beantworten, ja wer bestimmt denn dann den Preis. Und meine Position ist, dieser Preis muss dann politisch bestimmt werden.

Der Strompreis muss politisch bestimmt werden

Dann hast du das Problem aber immer noch nicht gelöst, weil dann musst du sagen, wie Politik den Preis bestimmen soll. So, und dann wird's schwierig. Dann wird's sehr schwierig, weil dann musst du nämlich die Frage beantworten, seriös, was soll immanenter Bestandteil dieses Preises sein. So, unser Vorschlag ist ja, wenn man unser Buch richtig liest, da müssen wir über die vier Wertschöpfungsarten nachdenken.

Da hast du den Personalaufwand, der natürlich Bestandteil dieses Preises sein muss, wobei du dann aber schon wiederum die Frage beantworten musst, wie hoch soll denn der sein. Wie sollen denn die Kolleginnen und Kollegen bezahlt werden. Jetzt kannst du sagen, die sind ganz wichtig, denn die stellen ein Basisgut her. Die müssen ganz hoch bezahlt werden. Die Frage ... ich will ja nur sagen, die Frage muss beantwortet werden. Und sie muss auch beantwortet werden unter motivationalen Aspekten, auch beantwortet werden unter Effizienzkriterien.

Zweiter Punkt: Wenn wir uns darauf verständigen wollen, dass dieser Personalaufwand dann immanenter Bestandteil des Preises zu sein hat, wie sind die Kapitalkosten.

Zwischenruf: Die Investition.

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: Ja, die letztlich die Investition speisen, natürlich, wo du dann aber erst mal beantworten musst, und dann bist du genau beim Energiemix, wie immer der aussehen soll, sonst kannst du die Frage der Investitionen nicht beantworten. In welche Richtung soll unsere Stromproduktion einmünden. Und daraus leitet sich die Investition ab. Und diese Investition muss natürlich der Preis abdecken, ist ja klar, logisch. So, diese Fragen sind dann zu beantworten.

Und dann kann ich nochmal das aufgreifen, was der Kollege gesagt hat. Da bin ich dann schon dafür, dass der Preis dies 100% abdeckt, und dass da drauf dann kein Gewinnaufschlag kommt, zusätzlich, sondern ein ökologischer Aufschlag, um das Paradoxon aufzuheben. Wenn wir niedrigen Strompreis haben, dann wird damit geaast. Das wollen wir nicht. Also muss der Preis mit einem ökologieorientierten Aufschlag versehen werden. Das heißt, er muss nach oben gebracht werden, damit auch

dann Energieeffizienz, ja Einsparprozesse usw. generiert werden. Das muss ein Aufschlag innerhalb dieses Preises sein.

Der Strompreis muss eine soziale Komponente enthalten



Dann muss man natürlich gleichzeitig sagen, da wirst du viele Menschen ich rede jetzt hier nicht von Stromnachfragern aus Unternehmen, wobei wir ja auch die Frage beantworten müssen, was machen wir mit den vielen kleinen Betrieben, die ja dann auch ächzen werden unter dem hohen Strompreis. So musst du auch die Frage beantworten, wie können wir da eine soziale Komponente einziehen. Das kann man, denn wir sind in einer politischen Entscheidung und nicht mehr in einer marktbezogenen, wettbewerbsorientierten Entscheidung. Musst du dann dafür Sorge tragen, dass die nicht hinten runterfallen. Aber vom Grundsatz her kann ich ihnen nur zupflichten, muss der Preis nach oben und nicht nach unten gebracht werden. Und das kann der Markt nicht entscheiden. Der wird es auch nicht entscheiden, jedenfalls nicht in einer vernünftigen ökonomischen Allokation, sondern das kann nur eben eine prozesshafte politische Entscheidung sein. Aber diese beiden Dinge sind auseinanderzuhalten. Das heißt die ordnungstheoretische und die prozessstheoretische.

Aufbau einer demokratisch-partizipativen Unternehmenskultur

Bei der ordnungstheoretischen Frage, das ist aber von allen ja auch gesagt worden, und ich finde, da haben wir ja auch einen Konsens, ist die Gleichung nicht aufzumachen, Verstaatlichung heißt, jetzt haben wir unsere Schularbeiten gemacht. Dazu fehlt eben ein interner Demokratisierungsprozess, den wir beschreiben in unserer Analyse mit einer demokratisch-partizipativen Unternehmenskultur mit den Elementen. Die müssen umgesetzt werden. Sie sind interdependent. Das heißt, sie stehen in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis. Da darf

nicht eine Größe fehlen. Wenn eine Größe fehlt, geht alles kaputt. So, das müsste umgesetzt werden, als ein drittes Element sozusagen neben dem ordnungstheoretischen und dem prozessstheoretischen müsste diese interne Struktur einer demokratisierten Form umgesetzt werden. Und dann wär das Rad rund. Dann hätten wir eine völlig andere Welt. Nur, wie setzt man um. Jetzt kommt der vierte Punkt: Wie kriegen wir das bei den politischen Mehrheitsverhältnissen, bei den Kräfteverhältnissen in unserem Land hin, dass diese drei Bausteine, dass die auch umgesetzt werden. Und das ist das eigentliche Problem. Wir können theoretisch zeigen, auch empirisch verifizieren, dass das die bessere Lösung ist. Aber das bringt jetzt mal in die Köpfe.

Wissen und Transparenz sind notwendig

Letzte Bemerkung meinerseits. Letztlich, und das waren auch die Erfahrungen in dem dreijährigem Prozess unserer vielen empirischen Befragungen, haben wir festgestellt, das haben wir allerdings dann nicht aufgeschrieben, dass viel Wissen nicht vorhanden ist. Das macht es natürlich der anderen Seite auch relativ einfach, ihre Politik zu fahren. Wenn wir feststellen, dass Betriebsräte, die wir befragen "Sag mal was zu der Wertschöpfung", nicht mal wissen, was eine Wertschöpfung ist. Dann sind das enorme Defizite. Und bei solchen Defiziten kriegst du keine Vorwärtsstrategie hin.

Wir haben deshalb in unserem Buch im Anhang so eine Art Rezeptbuch geschrieben, was zu tun ist, für die Betriebsräte, für die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten, für die Kommunalpolitiker. Die müssten jetzt eigentlich nur hergehen, müssten dieses Rezeptbuch nehmen, das ist im Anhang, das ist richtig schön abgeleitet und erklärt, warum und wieso, die einzelnen Schritte, dann können sie, wenn sie's nur machen würden, in ihren Kommunen ihr Stadtwerk völlig transparent machen und damit auch für die Bürger. Das liegt doch einfach daran, dass die Bürgerinnen und Bürger kein Wissen um diese Dinge haben. Deshalb sind sie auch manipulierbar. Der Geißler stellt in Conclusio seines Prozesses als Schlichter fest: es war alles intransparent. Und wenn etwas intransparent ist, dann werden die Menschen virulent, unkontrollierbar, es finden keine rationalen Diskussionsprozesse mehr statt, und es läuft letztlich aus dem Ruder. Was er geschafft hat, das war sein zweites Ergebnis. Er hat zumindestens über die Transparenz eine versachlichte Diskussion hinbekommen. Die muss man am Ende ja nicht akzeptieren. Aber es ist ein ganz anderes qualitatives Ergebnis. Und das ist hier auch der Fall. Es liegt kein Wissen vor. Das ist aber gewollt. Das ist von der Kapitalseite gewollt.

Intransparenz, die Prozesse intransparent zu machen, kein Wissen herzustellen und darüber zu herrschen, und Macht auszuüben.

Unsere Aufgabe oder meine Empfehlung als Wissenschaftler jetzt mal an die Linkspartei wäre, sorgt bitte für Transparenz.

Das ist die Basisgröße, um überhaupt gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Bewegung zu setzen. Sonst erreichst du den Bürger und die Bürgerin nicht. Sonst bleibt es drei Minuten Bauchgefühl,

und damit kannst du letztlich keine Veränderungsprozesse herbeiführen. Das trägt einfach nicht. Da kriegst du sie vielleicht mit auf die Straße gebracht. Da machen die kurzfristig auch mal eine Demo. Aber damit veränderst du nichts.

Zwischenruf: WikiLeaks auf jeder Ebene.

Prof. Dr. Heinz J. Bontrup: Ja, so ungefähr ...

(Applaus)

Audiodokumentation: Olaf Swillus, www.linksdiagonal.de

Videodokumentation: Elisa Rodé

Abschrift: www.tippmamsell.de

Redaktion: Elisa Rodé

ViSdP: Ida Schillen, AG Antiprivatisierung des Parteivorstands DIE LINKE.

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 BERLIN

DIE LINKE.
AG ANTIPRIVATISIERUNG